

Ausgabe November 2025

Kieler Nachrichten 24.11.2025

„Merz und Klingbeil sollen sich einschließen“

Günther fordert beim Grünkohlessen des UV Nord entschlossenes Handeln der Bundesregierung – Wirtschaft lobt Madsen für A20-Lösung

VON BODO STADE

KIEL. Die Stimmung war schon mal schlechter beim traditionellen Grünkohlessen des UV Nord. Noch im vergangenen Jahr blickte der Präsident der Unternehmensverbände, Philipp Murmann, sorgenvoll auf die bevorstehende Bundestagswahl. Und der Stillstand beim Bau der Autobahn 20 war sowieso Dauerthema in all den vergangenen Jahren. Zumindest diese Sorge ist nun vom Tisch.

Es sei „ein Befreiungsschlag“, dass Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (CDU) den Weg für die A20 frei gemacht habe, lobte Murmann vor den rund 300 Gästen aus Wirtschaft und Politik im Kieler Yacht Club. „Kompliment! Da ist frischer Wind aufgekommen. Wir alle hoffen, dass er einen bleibenden Umschwung ankündigt und Einwände, Klagen und Baustopps der Vergangenheit angehören.“

Dem Minister dürfte das gefallen haben. Nur wenige Stunden zuvor im Landtag hatte es bei der Debatte zum selben Thema nämlich nicht nur Jubel gegeben. Die Einigung mit den Naturschützern, so bemängelten die Kritiker aus der Opposition, sei mit den 14 Millionen Euro für eine Fledermaus-Stiftung quasi mit Steuergeld teuer erkaufte worden. Murmann hofft mit Blick auf die A20 auf einen grundlegenden Wechsel. „Wir müssen in Deutsch-



Austausch vor dem traditionellen Grünkohlessen im Kieler Yacht-Club (von links): Michael Thomas Fröhlich (UV Nord-Hauptgeschäftsführer), Niclas Herbst (Vorsitzender des Kontrollausschusses im Europäischen Parlament), Daniel Günther (Ministerpräsident) und Philipp Murmann (UV Nord-Präsident).

FOTO: THOMAS EISENKRÄTZER

land wieder dahin kommen, dass man nicht wegen jeder Kleinigkeit, die man in Ruhe und auch im Nachhinein regeln könnte, den Spaten aus der Hand wirft“, formulierte er. Das Verbandsklagerecht dürfe nicht zum Investitionskiller werden und gehöre auf den Prüfstand, mahnte der UV Nord-Präsident.

Es war nicht die einzige Botschaft an diesem Abend. „Wenn wir unser Leben gestalten wollen, müssen wir Dinge ermöglichen, nicht abwürgen.

Wir müssen anpacken und uns nicht mit Dokumentationsarbeit vom Wesentlichen ablenken“, forderte Murmann, der die Gefahr sieht, dass Deutschland im Bereich der Künstlichen Intelligenz den Anschluss verliert.

Mit Blick auf die Koalition von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) zeigte sich Murmann verhalten optimistisch. Schwarz-Rot sei nun wirklich kein Novum, neu sei die Not, aus der sie geboren wurde. „Keine andere bürgerliche

Konstellation war möglich.“ Dass die Bundesregierung den Bürokratieabbau angehe, hob er ebenso hervor wie die Reform des Sozialstaates. Die Koalition müsse allerdings aufpassen, dass sie sich nicht im „endlosen Streit verheddert“. Es sei wie im Fußball: „Am Ende zählen die Tore.“

In diese Kerbe schlug auch Ministerpräsident Daniel Günther. Der CDU-Landesvorsitzende mahnte in seinem Grußwort zügige Entscheidungen in Berlin an. „Die ersten Schritte

gehen in die richtige Richtung.“ Es sei jetzt aber notwendig, dass sich alle an den einmal beschlossenen Koalitionsvertrag halten. „Was Zukunftspessimismus auslöst, ist das Gefühl, dass man sich ins kleine Karo verliert“, warnte Günther auch mit Blick auf den aktuellen Rentenstreit. Der Regierungschef formulierte eine klare Erwartung an die Spitzen der Berliner Koalition, namentlich an die Parteichefs Friedrich Merz (CDU) und Lars Klingbeil (SPD). Im Bund sei jetzt Füh-

”

Wir müssen wieder dahin kommen, dass man nicht wegen jeder Kleinigkeit den Spaten aus der Hand wirft.

Philipp Murmann,
UV Nord-Präsident

rungsverantwortung gefragt, sagte Günther: „Merz und Klingbeil sollen sich gern mal zwei Wochen lang einschließen und sich einigen.“ Die Dinge müssten danach dann aber auch in Deutschland gemeinsam umgesetzt werden. Das gab Applaus im Kieler Yacht-Club, wo sich neben Landtagspräsidentin Kristina Herbst auch das halbe Kabinett versammelt hatte.

Hauptredner beim Grünkohlessen war der CDU-Europaabgeordnete Niclas Herbst, der trotz der schwierigen Mehrheitsverhältnisse in Brüssel keine Alternative zu Europa sah. Die „Reduzierung unnötiger Verordnungen und Bürokratie“ sei der einzig richtige Weg, sagte Herbst und sprach den Vertretern der Wirtschaft damit aus dem Herzen.

Mächtiger Verbands-Boss schimpft: „Nanny-Staat wird immer fetter und behäbiger“



Philipp Murmann (61),

Präsident der Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein, saß von 2009 bis 2017 für die CDU im Bundestag

Foto: Marcus Brandt/dpa

Daniel Peters

Kiel – Im feinen Kieler Yacht-Club lud die Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein (UVNord) zum traditionellen jährlichen Grünkohl-Essen.

Nicht jedoch, ohne zuvor die Bundespolitik ins Gebet zu nehmen – und vor neuen Wohlfühl-Paketen im Sozialsystem zu warnen!

Präsident Philipp Murmann: „Ich sage provokant: Der Nanny-Staat wird immer behäbiger und fetter!“
Soll heißen: Deutschland buttert aktuell zu viel Geld in den Staatsapparat und in Sozialleistungen wie das Bürgergeld.

Nanny-Staat? Gemeint ist eine Regierung, die ihren Bürgern zu viel abnimmt – wie ein Kindermädchen (in den USA: Nanny).

„524 Milliarden Euro, so einen Bundeshaushalt hatten wir noch nie“, so Murmann.

Eines seiner Beispiele: Mütterrente!

Er schimpft: „Wenn im Reform-Eifer plötzlich Relikte aus alten Zeiten wie die Ausweitung der Mütterrente auftauchen, ist das irritierend. Bei allem Respekt für das, was unsere Mütter in der Vergangenheit geleistet haben: Das ist keine Investition in die Zukunft, sondern in die Vergangenheit.“

Murmann mahnt: „Die Reform des Sozialstaates muss dringend angegangen werden. Je länger wir abwarten, desto härter wird der Einschnitt sein. Und dann wäre da der Bürokratieabbau.“

Es gehe dabei um die Einsparung von Dokumentations- und Berichtspflichten: „Es gibt einen Koalitionsvertrag, dem alle zugestimmt haben. Da steht auch drin, dass eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten kommen soll.“

Insgesamt ist der hohe Staatskonsum (z. B. Gehälter im Staatsdienst, Geld in der Verwaltung) Murmann ein Dorn im Auge. Mit Blick auf den Bundeshaushalt und die Neuverschuldung müssten Staatskonsum und Investitionen wieder ins richtige Verhältnis kommen, so der Verbands-Boss. Die Unternehmensinvestitionen lägen unter dem Niveau von vor zehn Jahren und der Staatskonsum habe über 25 Prozent zugelegt.

Leonie Urbanczyk

Hamburg. Immer mehr Kandidaten, bei gleichzeitig weniger Lehrstellen – auf dem Hamburger Ausbildungsmarkt herrscht ein massives Ungleichgewicht. Obwohl es nach wie vor mehr Lehrstellen als Bewerber gibt und ein erheblicher Anteil an Plätzen unbesetzt bleibt, stehen dennoch viele junge Menschen nach ihrem Schulabschluss ohne Ausbildungsvertrag da. Diese Diskrepanz spiegelt sich in den aktuellen Zahlen wider.

„Die Nachfrage nach einer dualen Ausbildung war über das ganze Jahr anhaltend hoch“, sagt Sönke Fock, Chef der Hamburger Agentur für Arbeit. Das zeigt sich auch in der Gesamtzahl: Im September wurden in Hamburg 8077 Bewerber registriert – ein Plus von 1039 Personen im Vergleich zum Vorjahr, was einem Zuwachs von 14,8 Prozent entspricht. Dennoch seien 1408 Interessierte (17,4 Prozent) nicht vermittelt worden.

Dennoch bleiben 950 Ausbildungsstellen unbesetzt und 1400 Ausbildungssuchende ohne Vertrag.

Sönke Fock

Chef der Agentur für Arbeit Hamburg

Aktuell sind bei der Arbeitsagentur 10.182 freie Ausbildungsplätze gemeldet, ein Rückgang von knapp vier Prozent im Vergleich zum Vorjahr. „Dennoch bleiben 950 Ausbildungsstellen unbesetzt und 1400 Ausbildungssuchende ohne Vertrag“, sagt Fock und bezeichnet dies als „Mismatch“ in einem eigentlich verlässlichen Ausbildungs- und Bewerbermarkt.

Trotzdem gebe es in Hamburg weiterhin mehr angebotene Lehrstellen als Bewerber, doch die Zahl an jungen Menschen ohne Vertrag nimmt zu. Woran liegt das? „Die Gründe dafür sind vielfältig“, sagt Fock. Dazu zähle ein unzureichender Schulabschluss oder ungenügende Sprachkenntnisse, die den notwendigen Anforderungen der Unternehmen nicht entsprechen. Hinzu komme, dass viele Schulabgänger sich zu wenig auf andere Ausbildungsberufe jenseits ihrer Wunschberufe einlassen würden, sagt der Agenturchef.

Während Sascha Schneider, Vizepräsident der Handelskammer Hamburg, im April dieses Jahres noch von einer angespannten Lage auf dem Ausbildungsmarkt sprach, sieht die Situation inzwischen besser aus. Das zeige das Plus bei den neuen Lehrverträgen, sagt Schneider: „Trotz wirtschaftlicher Unsicherheiten setzen viele Betriebe bewusst auf Nachwuchs.“

Allerdings bleiben Herausforderungen – bis Anfang November konnten 1800 Lehrstellen nicht

besetzt werden. Um dies zu ändern, setzt die Handelskammer auf Kennlern-Veranstaltungen, eine virtuelle Lehrstellenbörse oder direkte Einblicke in die Berufe, mithilfe von Virtual Reality. Ziel sei es zu zeigen, dass die duale Ausbildung ebenfalls Perspektiven biete und eine echte Alternative zum Studium darstelle, sagt Schneider.

Auf einem stabilen Niveau entwickelt sich die Lehrstellensituation beim Handwerk in Hamburg: „Mit dreizehn Verträgen mehr als im Vorjahr ist das ein kleines Plus

von 0,6 Prozent“, sagt Bedra Duric, Vizepräsidentin der Handwerkskammer Hamburg. Allerdings fehle es weiterhin an qualifizierten Fachkräften, insbesondere Blick auf das Hamburger Klimaneutralitätsziel 2040, sagt die Vizepräsidentin.

Besonders betroffen sei das Klimahandwerk: „Wir benötigen noch viel mehr Anlagenmechaniker, Dachdeckerinnen, Schornsteinfeger und Elektronikerinnen“, sagt Duric. Aber auch in klassischen Dienstleistungsberufen fehle es an Expertise. Es müs-

se jetzt der Nachwuchs für Bäcker, Augenoptiker und Friseure ausgebildet werden, sagt sie. Um den zuvorkommen, hat die Handwerkskammer laut Duric die Projektkapazitäten in der Nachwuchsgewinnung ausgebaut. Zusätzlich werde versucht, mehr Frauen für eine handwerkliche Ausbildung zu gewinnen.

Laut Tanja Chawla, Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), ist die Zusammenarbeit aller Unternehmen entscheidend: „Die Zeit zum Ausbilden ist genau jetzt und muss



Junge Hamburger aufgepasst – diese Ausbildungen haben Zukunft

Zahl der Lehrstellen ist rückläufig, doch die Bewerber werden mehr.
In welchen Bereichen man noch einen Ausbildungsplatz findet.

Sönke Fock, Chef der Agentur für Arbeit Hamburg, spricht mit Blick auf den Ausbildungsmarkt von einem „Mismatch“.

Marcio Hernandez

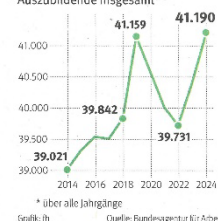
durch eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie intensiviert werden.“

Für Chawla könne der von den Unternehmen aufgezeigte Fachkräftemangel jedoch nur mit einem Mix aus Ausbildung, günstigem Wohnen und anderen guten Rahmenbedingungen erreicht werden. Zusätzlich seien für eine mittelfristige Deckung des Bedarfs Einwanderung und Qualifizierung wichtig. Schließlich lag der Anteil an Hamburger Auszubildenden mit einer nicht-deutschen Nationalität im September 2024 bei gut 18 Prozent.

Statt auf eine klassische betriebliche Ausbildung, setzt Reinhold von Eben-Worlée, Vizepräsident des Unternehmensverbands UV Nord, auf die duale Ausbildung: „Die jungen Menschen haben schon frühzeitig die Möglichkeit, die berufliche Praxis durch verschiedene Praktika in Unternehmen zu erleben.“ Dies sei ein Sprungbrett in ein erfolgreiches Arbeitsleben.

Dass die berufliche Bildung an Interesse gewinnt, zeigen ebenfalls die Zahlen. 17.725 junge Menschen und damit 1,8 Prozent mehr als im Vorjahr beginnen so in diesem Jahr ihre Ausbildung. „Eine positive Tendenz, über die ich mich sehr freue“, sagt Ksenija Bekeris (SPD), Senatorin für Schule, Familie und Berufsbildung. Sie appelliere an die Betriebe, mehr Auszubildende einzustellen und schon Jugendlichen verschiedene Praktika zu ermöglichen: „Ich ermuntere alle Jugendlichen, ihre Chancen zu ergreifen.“

Entwicklung der Auszubildendenzahlen in Hamburg
Auszubildende insgesamt*



Freie Bahn für die A 20: BUND verzichtet auf Klage gegen Weiterbau

Land und Umweltverbände einigen sich nach langem Streit über Fledermausschutz – Beginn bis Sommer 2026?

VON CHRISTIAN HIERSEMENZEL

KIEL/BAD SEGEBERG. Im jahrelangen Streit um den Weiterbau der Autobahn 20 bei Bad Segeberg liegt eine Einigung vor. Wie Vertreter der Landesregierung sowie der beiden Umweltverbände BUND und Nabu gestern verkündeten, wird auf eine Klage gegen den zehn Kilometer langen Streckenabschnitt verzichtet. Damit ist das Projekt baureif.

„Damit lösen wir unser Versprechen ein, die Menschen in und um Bad Segeberg von Lärm, Abgasen und Autokolonnen zu erlösen“, sagte Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) nach Unterzeichnung der Vereinbarung. Für das „wichtigste Verkehrsprojekt in Schleswig-Holstein“ mit einer Bedeutung weit über die Landesgrenzen hinaus sei das der Durchbruch, sagte Günther. „Für die Region, das Land



Seit vielen Jahren endet die A20 vor der Stadtgrenze von Bad Segeberg. FOTO: AXEL HEIMKEN

und die Wirtschaft ist das eine großartige Nachricht.“

Der Bundestag muss die finanziellen Mittel freigeben. Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) wies aber auf die drei Milliarden Euro hin, die aus dem Sondervermögen für Bundesfernstraßen mobilisiert werden sollen. Man werde das Versprechen halten, sich um die Finanzierung zu

kümmern, sobald es bestandskräftiges Baurecht gibt. „Mein Haus plant, Baufreigaben für alle Projekte, die baureif sind, sehr zeitnah zu erteilen, sobald sich der Haushalt konkretisiert hat“, so Schnieder. „Dies gilt auch für die A20.“ Die Projektgesellschaft Deges strebe den Baustart in der ersten Hälfte des kommenden Jahres an, hieß es. „Unser Ziel ist es, dass ab 2031 weder die Pendlerinnen und Pendler, noch der Güterverkehr oder die Gäste der Karl-May-Spiele vor Bad Segeberg im Stau stehen“, sagte Günther.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen Forderungen von Umweltschützern zur Sicherung der Fledermausflugrouten zur Segeberger Kalkberghöhle sowie Maßnahmen zum Schutz des Travetals. Während das Land mit 14 Millionen Euro die Gründung einer Fledermaus-Stiftung finan-

ziert, übernimmt der Bund die Kosten der Travetal-Projekte.

BUND-Landesgeschäftsführer Ole Eggers äußerte sich verhalten. Man habe zwischen dem Angebot einer Landesstiftung und der Klage-Aufrechterhaltung abwägen müssen. „Unsere Klage hätte wieder gute Erfolgchancen gehabt“, sagte Eggers. „Aber bis zur Gerichtsentscheidung wären vermutlich Jahre vergangen – Jahre, in denen die Flugkorridore

der Fledermäuse zugebaut werden und Tiere sterben.“ Der Vorstand des Naturschutzverbands habe deshalb in den Weiterbau eingewilligt. Der BUND wird neben dem Land und der Christian-Albrechts-Universität einen der drei ehrenamtlichen Vorstände in der Fledermaus-Stiftung stellen.

Wirtschaftsvertreter begrüßen die Entscheidung. „Der Knoten ist nach 16 Jahren Stillstand endlich geplatzt“, sagte Philipp Murmann vom UV Nord. SPD-Vize Ulf Kämpfer bezeichnete es bei aller Freude als problematisch, dass sich die Landesregierung gezwungen sehe, dem BUND sein Klagerecht auf Kosten der Steuerzahler für 14 Millionen abzukaufen. „Diese Freikaufpolitik darf nicht Schule machen, auch wenn der BUND Gutes für den Artenschutz aus-handeln konnte.“



Für die Region, das Land und die Wirtschaft ist das großartig.

Daniel Günther (CDU), Ministerpräsident

» KOMMENTAR | 2, MEHR | 30

Schleswig-Holsteinische Landeszeitung 24.10.2025

Fast jeder Vierte arbeitet von zu Hause

Immer mehr Schleswig-Holsteiner sind im Homeoffice aktiv – doch die Wirtschaft warnt vor negativen Folgen

Inga Gercke

KIEL Homeoffice hat sich in Schleswig-Holstein etabliert. Laut Statistikamt Nord arbeiten 22,9 Prozent der Beschäftigten regelmäßig von zu Hause – leicht mehr als im Bundesdurchschnitt (22,7 Prozent). Im Vergleich der Länder belegte der Norden Platz 6. Während Hamburg (35,6 Prozent) und Berlin (31,2) die höchsten Quoten aufweisen, ist Sachsen-Anhalt (10,9) Schlusslicht. Seit 2021 bleibt die Quote im Land relativ konstant.

Für Claudia Buengeler, Professorin für Personalmanagement und Organisation an der Universität Kiel, zeigt die Quote vor allem die „Stabilität der hybriden Arbeit“. Es sei „kein Randphänomen, sondern ist mittlerweile etabliert“. Dies deute auf gute Erfahrungen hin „sowie dass der Wunsch, flexibler zu arbeiten, eher dauerhafter angelegt zu sein scheint“, so Buengeler.

Auch die IHK sieht Homeoffice als „Ausdruck einer zunehmenden Flexibilisierung“ und Hilfe im Fachkräftewettbewerb, so Sprecher Karsten von Borstel. „Umgesetzt wird, was hilft, den Personalbestand

zu sichern – und dabei spielt Homeoffice eine wichtige Rolle“, sagt er. Gleichzeitig warnt er vor einem „Fairness-Thema“. Nicht jeder könne im Homeoffice arbeiten. Und persönliche Zusammenarbeit

bleibe entscheidend – für Teamdynamik, kreative Prozesse und die Ausbildung. Sebastian Schulze vom Unternehmensverband Nord sieht dieses Spannungsfeld: „Gefühlt hören wir aus den Unter-

nehmen häufiger, dass die Homeoffice-Nutzung reduziert wurde. Der Wunsch nach einer großzügigen Homeoffice-Nutzung auf Seite der Arbeitnehmenden ist aber nach wie vor ungebrochen hoch.“ Unternehmen hätten vor allem zwei Dinge festgestellt: Erstens schade viel Homeoffice der Mitarbeiterbindung, der Innovationsentwicklung und der Teambildung. Zweitens seien nicht alle Mitarbeiter „homeoffice-geeignet“, so Schulze. Einigen fehle die Selbstdisziplin für strukturiertes Arbeiten, andere machten sich im Homeoffice zu viel Stress.

Laura Pooth, Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds Nord, fordert einen „verbindlichen Rechtsrahmen für freiwilliges und gesundes mobiles Arbeiten“. Ziel sei es, Beschäftigte vor Überlastung und einer Entgrenzung der Arbeit zu schützen.

Schleswig-Holstein

MEINUNG

Weitere Regeln sind nicht sinnvoll

Es gibt gute Gründe, häufiger oder gar nur noch mobil zu arbeiten, allen voran Zeit- und Geldersparnis durch den Wegfall von Pendelwegen. Meist geht damit auch eine Arbeitszeitflexibilität einher; diese Stressminimierung fördert die Work-Life-Balance und somit die Gesundheit. Auch Arbeitgeber profitieren vom mobilen Arbeiten, etwa dadurch, dass der Fachkräftemarkt nicht mehr regional begrenzt ist.

GERRIT BASTIAN MATHIESEN
gma@shz.de



Doch nicht jeder Job ist dafür geeignet – und nicht jeder Mitarbeiter. Während sich die einen sehr gut daheim konzentrieren können, sind andere schnell abgelenkt; manche arbeiten strukturiert, andere sind mit der Selbstorganisa-

tion überfordert. Soziale Isolation, stockende Kreativprozesse, unsichere Datenverarbeitungen, mangelnde Ausbildungsmöglichkeiten – es gibt gute Gründe für das Homeoffice, aber ebenso auch gute dagegen.

Was wir deshalb nicht brauchen, sind weitere Regeln oder gar Rechtsansprüche. So individuell die Menschen und die Jobs, so individuell sollte auch der Arbeitsrahmen festgelegt werden können.

Klima-Votum spaltet den Norden

Hamburger Volksentscheid: Wirtschaft fürchtet Deindustrialisierung, Kieler Umweltminister sieht Chancen

Carlo Jolly

HAMBURG/KIEL Nachdem mehr als 300.000 Hamburger am Sonntag beim Volksentscheid für mehr Klimaschutz gestimmt haben und lediglich gut 267.000 dagegen, muss der rot-grüne Senat mehr Tempo in der Energie-, Umwelt- und Verkehrspolitik machen und die Klimaneutralität in Hamburg nun um fünf Jahre auf 2040 vorziehen. Kurzfristig sieht der Senat aber keine Notwendigkeit, seine Klimaschutzziele nachzubessern.

In Politik und Verbänden in Schleswig-Holstein hat der „Zukunftsentscheid“ unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Der Volksentscheid zeige, dass es Mehrheiten für mehr Klimaschutz gebe, sagte der Kieler Energiewendeminister Tobias Goldschmidt: „Die Menschen wollen eine gute Zukunft für sich und für nachfolgende Genera-

tionen. Sie wollen mit günstigen öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sein, sich mit erneuerbaren Energien versorgen und gut und günstig in sanierten Wohnungen leben.“ Gemeinsam könnten Ham-

burg und Schleswig-Holstein zeigen, dass der Weg zur Klimaneutralität 2040 mit riesigen Chancen verbunden sei.

Für Unternehmerpräsident Philipp Murmann vom UV Nord ist der Entscheid „ein

Sieg ohne echte Gewinner“. Das Ja zum Zukunftsentscheid sei für die Wirtschaft und den Wirtschaftsstandort eine Hypothek. „Die damit neu geschaffene Unsicherheit ist Gift für Investitionen und

Arbeitsplätze in der Stadt, insbesondere im industriellen Bereich“, erklärte Murmann weiter: „Klimaneutralität durch stark voranschreitende Deindustrialisierung wäre fatal für den Standort.“

Der Umweltverband BUND indes sieht im Ergebnis Rückenwind für Schleswig-Holstein: „Wenn Hamburg klimaneutral werden will, klappt das nur mit erneuerbaren Energien aus seinen Nachbarländern“, so Sprecherin Sina Clorius. Auch Moorflächen und Niederungen an den Elb-Zuflüssen, die dringend renaturiert werden müssten, um CO₂ zu binden, lägen zum großen Teil an den Stadträndern.

In der schleswig-holsteinischen Staatskanzlei von Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) hieß es knapp, man kommentiere Volksentscheide anderer Bundesländer nicht.

Hamburg

MEINUNG

Klare Kante gegen Klimaleugner

Trifft zu, wovor die große Mehrheit der Klimafor-scher seit Jahren warnt, steuert die Erde auf eine Erwärmung mit dramatischen Folgen zu. In Hamburg haben die Einwohner deshalb per Volksentscheid engagierteren Klimaschutz gewählt. So wird die direkte Demokratie in der kleinen Hansestadt auch zum Votum gegen die großen Klimaleugner im Weißen Haus und anderswo.

Und nun? Müssen die Ham-

CARLO JOLLY

jol@shz.de



kann sich jeder in Paris, Kopenhagen, Amsterdam oder Barcelona ansehen.

Und Schleswig-Holstein? Ist auf einigen Feldern wie der Ökostromerzeugung viel weiter als Hamburg. Auch bei den Energienetzen kommt der Norden voran. Bezahlbare Wohnungen mit Top-Energieeffizienz sind dagegen schon schwieriger zu erreichen. Das Ziel, in 15 Jahren klimaneutrales Wirtschaftsland zu sein, ist und bleibt ambitioniert.

burger mit Tempo 30 im Straßenverkehr büßen? Wie Metropolen mit neuen Ideen zur Mobilität mit Bahn, Bus, Fahrrad und in der City eben weniger Autos auch Lebensqualität in der Stadt verbessern und damit Besucher anziehen,

Hamburger Abendblatt 14.10.2025

Hamburger Senat: „Wir haben jetzt das ehrgeizigste Klimaziel“

Nach Mehrheit für Zukunftsentscheid: Maßnahmen sollen erst 2030 folgen.

Matthias Iken

Hamburg. Das Votum fiel anders aus, als der Senat gehofft hatte: Eine Mehrheit von 53,2 Prozent (303.936 Stimmen) hat den Zukunftsentscheid angenommen. Die Wahlbeteiligung lag bei 43,7 Prozent. Der Volksentscheid „Hamburg testet Grundeinkommen“ hat das nötige Quorum am Sonntag hingegen verfehlt.

Das Ergebnis ist für den Senat bindend. Nach dem erfolgreichen Volksentscheid muss Hamburg bereits 2040 klimaneutral sein. Der Senat hatte wie der Bund bisher das Jahr 2045 angestrebt, Europa das Jahr 2050. Der Gesetzesentwurf der Initiative sieht jährli-

che Obergrenzen zum Kohlendioxid-Ausstoß vor, formuliert aber keine konkreten Maßnahmen.

Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) hat bei einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz schnelle Änderungen ausgeschlossen. Das Ziel des Senats und die bisherige gesetzliche Vorgabe, dass in Hamburg die CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990 bis zum Jahr 2030 um 70 Prozent reduziert werden sollen, blieben bestehen, sagte der SPD-Politiker im Rathaus. „Das ist deshalb wichtig zu erwähnen, weil der Volksentscheid dadurch nicht zu kurzfristigen neuen Maßnahmen führt,

sondern der Senat die bestehenden Planungen für die aktuelle Legislatur grundsätzlich unverändert fortführen kann.“

Grundlegende und weitreichende Änderungen durch den Volksentscheid folgten erst von 2030 an. Konkrete Maßnahmen oder Verschärfungen kündigte der Bürgermeister noch nicht an. Wie das Ziel erreicht werden könne, müsse nun geplant werden. „Wir haben jetzt das ehrgeizigste Klimaziel“, stellte die Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank (Grüne) nüchtern fest. Ob es gelingt, sei unklar. Laut Senat sei eine Klimaneutralität bis 2040 unter der Maßgabe der Sozialverträglichkeit und Bezahlbarkeit nur möglich, wenn dafür die entsprechenden Voraussetzungen auf Bundesebene geschaffen würden.

Fegebank betonte, es gebe jetzt keinen Grund, „hektisch zu werden oder in Aktionismus zu verfallen“. Sie gratulierte der Initiative, betonte aber angesichts des

knappen Ergebnisses: „Wir reichen Befürwortern wie Gegnern des Zukunftsentscheids die Hand. Wir wollen und müssen das als Stadt gemeinsam umsetzen.“

Die Klimabewegung Fridays for Future wertet den erfolgreichen Volksentscheid auch als Antwort auf die Klimapolitik der Bundesregierung. Lou Töllner, Sprecherin des Zukunftsentscheids, sagte: „Hamburg hat Geschichte geschrieben. Die Mehrheit hat für einen transparenten und sozialen Klimaschutz gestimmt.“

Scharfe Kritik kam vom Unternehmensverband UV Nord. „Das Ja zum Zukunftsentscheid ist für die Wirtschaft und den Wirtschaftsstandort eine Hypothek auf die Zukunft“, sagte Präsident Philipp Murmann. „Die damit neu geschaffene Unsicherheit ist Gift für Investitionen und Arbeitsplätze in der Stadt, insbesondere im industriellen Bereich.“



Peter Tschentscher und Katharina Fegebank am Montag. Roland Magunia

S. 6 bis 9 Leitartikel und Berichte

Matthias Iken

Hamburg. Auf den letzten Metern wird der Wahlkampf um die Stimmen zum Zukunftsentscheid noch richtig heiß. Während die Befürworter von Haustür zu Haustür ziehen wollen, hat sich ein breites politisches Bündnis gebildet, das den Hamburgern rät, den Volksentscheid abzulehnen. In dem überparteilichen Aufruf „Nein zu beiden Volksentscheiden“ ziehen SPD, CDU und FDP an einem Strang – die Landesvorsitzenden zählen zu den Erstunterzeichnern. Von den Grünen ist kein Spitzenpolitiker vertreten.

In der Erklärung, initiiert vom SPD-Politiker Andreas Dressel und AGA-Hauptgeschäftsführer Volker Tschirch, geht es um die Volksentscheide zum bedingungslosen Grundeinkommen und zum Klimaschutzgesetz. Allerdings dürfte der Aufruf vor allem auf den Zukunftsentscheid zielen. Lange hatte die Politik gehofft, das Thema kleinzuhalten. Angesichts der erfolgreichen Mobilisierung durch die Umweltschützer ist dieser Ansatz gescheitert. Bis jetzt hatten schon rund 300.000 Hamburger per Briefwahl abgestimmt. Um erfolgreich zu sein, benötigt der Zukunftsentscheid die Mehrheit und knapp 264.000 Ja-Stimmen.

Das schärfere Klimaschutzgesetz wird zu einer Polarisierung führen. Es wird viele Menschen geben, die sich abgehängt fühlen.

Andreas Dressel,
SPD-Politiker

Die Gegner argumentieren, die Stadt sei bereits auf dem richtigen Weg: „Hamburg verfolgt bereits ehrgeizige Ziele, eingebettet in die deutsche Klimastrategie. Deutschland will als Vorreiter bis 2045 klimaneutral werden – fünf Jahre früher als Europa“, heißt es in der Erklärung. Hamburg strebe eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 70 Prozent bis 2030 an, bis 2040 sollen Verwaltung und öffentliche Unternehmen klimaneutral arbeiten. Als Stadt will Hamburg spätestens 2045 klimaneutral werden – „aber so, dass es für Unternehmen und Bürger auch ohne



Prominente aus Politik, Wirtschaft und Sport werben für ein Nein

Parteiübergreifendes Bündnis stellt sich gegen den Zukunftsentscheid und das Grundeinkommen. Vorsitzende von SPD, CDU und FDP unterzeichnen.

unzumutbare Härten“ machbar sei.

Deutlich fällt die Kritik an einer gewissen inhaltlichen Luftigkeit aus: „Wenn Sie die Unterlagen zum Volksentscheid lesen, werden Sie Informationen darüber, was ein harter gesetzlicher Weg zu einer zwingend vorgezogenen Klimaneutralität bis 2040 konkret für alle in Hamburg bedeutet, vergeblich suchen. So werden die Bürger im Unklaren gelassen – genauso wie mit dem unverantwortlichen Versprechen, dass den Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen aus diesem Weg unmittelbar keine Kosten entstehen.“ Zugleich verweisen die Unterzeichner auf das Gutachten der Umweltbehörde.

Demnach müssten bis 2040 alle Gas- und Ölheizungen in der Hansestadt zwangsweise stillgelegt werden. Mehr als 15 Milliarden Euro zusätzlich wären allein

im Gebäudebestand für das Vorziehen der Klimaneutralität auf 2040 nötig, ein großer Teil von den Mietern zu bezahlen. Auch weitreichende Fahrverbote für Verbrenner und Tempo 30 in der gesamten Stadt wären die Folge. „Das geht an der Lebenswirklichkeit vieler Hamburgerinnen und Hamburger vorbei. So droht der Volksentscheid, gesellschaftliche Spannungen zu verschärfen statt zu einen.“

Weiter heißt es: „Mit schlechten Klimaschutzgesetzen, das haben wir schon beim Heizungsgesetz gesehen, würden sich Abwehrhaltungen und Radikalisierungen verstärken. Das ist das Letzte, was Hamburg und Deutschland jetzt brauchen.“ Der Volksentscheid zwingt die Stadt in ein starres Korsett, das enorme Zusatzkosten, soziale und wirtschaftliche Härten sowie politische Enttäuschungen mit sich bringe.

Zum Grundeinkommen erklären die Protagonisten: „Ein solidarisches Gemeinwesen zeichnet sich dadurch aus, dass jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten auch etwas dazu beiträgt. Arbeit ist Teilhabe. In einer Zeit des Arbeits- und Fachkräftemangels eine solche Prämie für keine oder weniger Arbeit aus Steuergeld zu zahlen, ist daher ein falscher Anreiz.“ Der Versuch sei teuer und nutzlos.

Zu den Erstunterzeichnerinnen gehören fast alle SPD-Senatoren, allerdings jeweils in ihrer Parteirolle: Andreas Dressel, Karen Pein, Melanie Leonhard, Carsten Brosda, Ksenija Bekeris und Andy Grote. Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer, die kein Parteiamt innehat, fehlt. Zudem sind die Parteivorsitzenden Dennis Thering, (CDU), Finn Ole Ritter (FDP) und Nils Weiland (SPD) auf der Liste vertreten.

Als aktiver Gewerkschafter sagt Jan Koltze, Leiter IGBCE Bezirk Hamburg/Harburg, Nein – aber auch die langjährigen Gewerkschaftsvorsitzenden Wolfgang Rose, einst Landesbezirksleiter bei Ver.di, Uwe Grund, Ex-DGB-Chef in Hamburg, und Frank Teichmüller, Bezirksleiter der IG Metall Bezirk Küste. Nun unterstützt Ver.di den Volksentscheid, der DGB hat sich nicht klar positioniert.

Auch der Sport ist sich nicht einig: Der FC St. Pauli unterstützt den Zukunftsentscheid; Christian Okun als Präsident des Hamburger Fußballverbands zählt zu den Erstunterzeichnern der Gegenerklärung. Bei den Wohnungsverbänden haben sich die Genossenschaften um Andreas Breitner, dem Direktor des VNW, und Verena Herfort, die Geschäftsführerin der mittelständischen Immobilienwirtschaft, angeschlossen.

Fast einträchtig haben hochran-

Finanzsenator Andreas Dressel ist einer der Initiatoren des überparteilichen Aufrufs „Nein zu beiden Volksentscheiden“.

Marcelo Hernandez

gige Vertreter der Wirtschaftsverbände den Aufruf zum Doppel-Nein unterzeichnet. Dabei sind der Unternehmensverband Nord, der AGA Unternehmensverband, der Industrieverband Hamburg, Nordmetall, der Norddeutsche Baugewerbeverband, der Verband Die Familienunternehmer Hamburg, Die Jungen Unternehmer, der Verein Hamburger Speditionen, der Einzelhandelsverband, die MIT Mittelstands- & Wirtschaftsunion, der Wirtschaftsrat der CDU, der Junge Wirtschaftsrat. Ebenfalls zu den Unterzeichnern gehört Jörg Müller-Lietzkow, Präsident der HafenCity Universität.

Für den Zukunftsentscheid hatten sich Hamburger Vereine und Institutionen wie der Mieterverein, der FC St. Pauli, Ver.di, das Schauspielhaus, Kampnagel oder die Kunsthalle, Greenpeace, der BUND und Nabu, aber auch Unternehmen wie Patagonia oder Carlsberg starkgemacht. Zudem unterstützen Künstler die Initiative.

Die Initiative Zukunftsentscheid reagierte prompt. „Erst letzte Woche hat der in Hamburg stattfindende Extremwetterkongress darauf hingewiesen, dass wir aus allen wissenschaftlichen Klimamodellen fliegen und bereits 2050 bei einer Drei-Grad-Erwärmung landen“, sagte Pressesprecherin Lou Töllner. „Die Zeit, die wir einmal meinten zu haben, haben wir tatsächlich nicht. Deshalb ist die Verbesserung unseres Klimaschutzgesetzes so notwendig.“

Töllner zitiert den Hamburger Klimabeirat: „Er weist seit Jahren darauf hin, dass das Klimaschutzgesetz eine eklatante Regelungslücke bei Zwischenzielen und Nachsteuerung aufweist.“ Es sei bekannt, dass Klimaschutz immer dann Widerstand hervorruft, wenn er konkret wird. Scharf kritisiert sie die SPD: Dass sich eine Woche vor dem Volksentscheid SPD-Senatoren an einer solchen Erklärung beteiligten, „ist ein klarer Bruch der Neutralitätspflicht, respektlos gegenüber direktdemokratischen Verfahren und ein Offenbarungseid, denn der Zukunftsentscheid soll ja gerade ihre Politik kontrollierbar machen“.

Wann ist Russland bereit für einen Krieg gegen die Nato?

Kieler Wehrtechnik-Dialog – Ministerpräsident mit überraschenden Erkenntnissen

Carlo Jolly

KIEL Europa und die Nato brauchen die Besonnenheit, nicht auf jede russische Provokation zu reagieren. Das erklärte Generaloberstabsarzt Nicole Schilling, Stellvertreterin des Generalinspektors Carsten Breuer, am Mittwochabend beim 17. Wehrtechnik-Dialog im Kieler Yacht-Club. Ihre Vermutung nach den jüngsten Luftraumverletzungen in Polen und im Baltikum durch Russland: „Eine starke oder unangemessene Reaktion hätte Präsident Putin die Gelegenheit gegeben, seinerseits zu eskalieren.“

Das russische Heer werde im kommenden Jahr vermutlich doppelt so groß sein wie im Jahr 2024, erklärte Schilling weiter. In wenigen Jahren sei es möglich, dass Russland bereit wäre, Krieg gegen Nato-Staaten zu führen: „Kein Wunder, dass unsere estnischen, lettischen und litauischen Freunde sich bedroht fühlen“ – allemal, da Putin den Zerfall der Sowjetunion als größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts ansehe.

Russland setzt auf Wegwerfaganten

Putin setze auf sogenannte Wegwerfaganten für Einzelsätze, One-way-attack-Drohnen seien günstig in Massen herstellbar, und Russland habe am Ende des Kalten Krieges in den 1990er-Jahren bestimmte

Fähigkeiten gar nicht aufgegeben: „Wenn für Putin die Gelegenheit günstig erscheint oder er sich einen Vorteil verspricht, wird er die Chance wahrscheinlich nutzen“, sagte Schilling vor mehr als 100 Vertretern von Militär, Rüstungsindustrie und Politik. „Die transatlantische Partnerschaft ist und bleibt der zentrale Pfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur. Unsere Gegner arbeiten zunehmend arbeitsteilig und global.“

Hat Russland sich übernommen?

Politikwissenschaftler Joachim Krause dagegen sprach angesichts der nicht linearen Kriegsführung Putins davon, dass sich Russland verschätzt habe. Nicht nur die russische Armee habe sich zahlenmäßig verdoppelt, sondern mit mittlerweile 700.000 Soldaten auch die Ukraine. Mit den Bemühungen von Destabilisierung bis zur Desinformation sei Russland ebenso bereits im politischen Krieg wie im hybriden Krieg, also der Gewaltausübung ohne klare Verantwortlichkeit. „Russland hat sich übernommen und Putin verzweifelt“, sagte der Kieler Politologe. Beim Austesten der Nato durch Putin bewirkten dessen Drohnenangriffe im Vergleich zu Bomben im Zweiten Weltkrieg wenig.

Ministerpräsident Daniel Günther wies auf das Tempo hin, das in der Verteidi-

gungsfrage jetzt notwendig sei: „Innerhalb von vier Jahren müssen wir verteidigungsfähig sein, Bundeswehr und Marine ausstatten. Da können wir uns keine Reibungsverluste leisten.“ Bedenklich sei allerdings die große politische Verunsicherung in Teilen der Bevölkerung angesichts von Cyberkriminalität und Fake News durch Mächte, die die Demokratie destabilisieren wollten. „Ich bin erstaunt, wie tumb unsere Bevölkerung zum Teil mit solchen Bedrohungen umgeht. Da müssen wir uns nicht mehr wundern, wenn wir unterwandert werden. Wir müssen alle intensiver auch unsere Gesellschaft zusammenhalten“, appellierte der CDU-Politiker: „Nutzen Sie alle Kontakte, die notwendig sind.“

Arbeitgeberpräsident Philipp Murmann von den Unternehmensverbänden UV Nord hatte davor an die mehr als 30-jährige Geschichte des Arbeitskreises Wehrtechnik erinnert, zu

dem sich 1993 – vier Jahre nach dem Fall der Mauer und mitten in der politischen Entspannung – rund 20 Rüstungsunternehmen in Schleswig-Holstein zusammengeschlossen hatten. Heute, in einer ganz anderen politischen Situation, zählt der Arbeitskreis fast 9000 Beschäftigte und doppelt so viele Unternehmen wie damals: „Wir haben auch neue Technologien – und ganz neue Herausforderungen.“

„Wir alle erleben es“, erklärte Murmann und führte aus: „Die hybriden Angriffswellen schlagen längst auf Europa ein, Manipulationen und Desinformationskampagnen, wohin man blickt. Dazu kommt Spionage, Drohnen über Industrieanlagen, Sabotagen von Datenkabeln und Energieleitungen in der Ostsee, Cyberangriffe, Luftraumverletzungen.“ Dass Russland in wenigen Jahren so weit aufgerüstet habe, um die Belastbarkeit der Nato testen zu können, sehe und höre man auf allen Kanälen.



Solche Flugabwehrkanonenpanzer der Flensburger FFG – hier in einer Sonderlackierung für eine Messe – sollen unter anderem Drohnen abwehren können. Foto: Flensburger Fahrzeugbau-Gesellschaft

„Es geht um ein echtes Austesten der Nato“

Provokationen durch Jets und Drohnen: Beim Wehrtechnik-Dialog in Kiel wird über die Bedrohung durch Putin diskutiert

VON ULRICH METSCHIES

KIEL. Sie ist eingesprungen für General Carsten Breuer, der dringend in Berlin beschäftigt ist. Kann man verstehen in diesen Tagen mit täglich neuen Nachrichten über Verletzungen des Nato-Luftraums. Doch Generaloberstabsarzt Nicole Schilling, Stellvertreterin des Generalinspektors der Bundeswehr, liefert einen Vortrag ab, von dem sich viele beim 17. „Wehrtechnik-Dialog“ am Mittwochabend im Hotel Kieler Yacht Club beeindruckt zeigen. „Es gibt keinen Automatismus für einen großen Krieg“, sagt Schilling: „Aber wenn Russland sich einen Vorteil verspricht, wird es diese Möglichkeit nutzen.“

Spätestens mit der engen Taktung von Provokationen durch Jets und Drohnen, müsse jedem klar geworden sein, dass es Moskau nicht um einen regionalen Krieg gehe, sondern „um ein echtes Austesten der Reaktionsfähigkeit der Nato“. Putin halte den Zerfall der Sowjetunion für die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts: „Entsprechend groß ist die Bedrohung früherer Sowjetrepubliken oder Finnlands.“

Wie reagieren auf immer neue Nadelstiche? Wann ist eine Grenze überschritten, sodass nur der Abschied eine adäquate Antwort wäre? Während Schilling auf den Kurs der Bundesregierung verweist – sofort die Präsenz der Nato belegen und Jets aufsteigen lassen, gleichzeitig aber Besonnenheit zeigen – fordert der Kieler Politikwissenschaftler und Sicher-



„Es gibt keinen Automatismus für einen großen Krieg“, sagt Generaloberstabsarzt Nicole Schilling, Stellvertreterin des Generalinspektors der Bundeswehr: „Aber wenn Russland sich einen Vorteil verspricht, wird es diese Möglichkeit nutzen.“
FOTO: THOMAS EISENKRÄTZER

heitsexperte Prof. Joachim Krause mehr Härte: „Wer einen Krieg verhindern will, muss zur Eskalation bereit sein.“ Dies will Krause nicht nur militärisch verstanden wissen. Noch immer füllten Nato-Staaten Putin die Kriegskasse durch den Kauf russischer Energie: „Ich verstehe auch nicht, warum wir nicht

längst die Zugänge zur Ostsee dichtgemacht haben für die Seelenverkäufer mit russischem Öl und Gas.“

Daniel Günther (CDU) ist dabei an diesem Abend. Dem Ministerpräsidenten wird viel Lob zuteil für den wenige Stunden zuvor verkündeten Start des „TechHUB SVI Nord“: Das In-

novationsnetzwerk soll Kiel zum Motor machen für die anstehende Modernisierung der deutschen Marineflotte. „Das TechHUB bringt Unternehmen, Start-ups, Forschung und Bundeswehr zusammen“, lobt Philipp Murmann, Präsident des Unternehmensdachverbandes UV Nord. Aus dieser Mischung

könne etwas werden: „Wo, wenn nicht hier an der Küste?“

Auch Günther macht deutlich, dass der Konflikt mit Russland viel mehr ist als ein militärisches Kräfteressen: „Die Stabilität unserer Demokratie wird jetzt schon angegriffen.“ Dies müsse der Gesellschaft deutlich klarer sein, als es bislang der

Fall sei: „Wenn wir den Menschen das nicht vermitteln können, dann müssen wir uns über Verteidigungsfähigkeit keine Gedanken machen.“ So sei er entsetzt, wie „tumb“ die Bevölkerung Dinge glaube, die im Netz kursierten, und die eigentlich „jeder Schimpanse“ als Fälschung erkenne – bis zu einem Video, in dem Günther Antifa-Parolen in den Mund gelegt werden.

”

Wer einen Krieg verhindern will, muss zur Eskalation bereit sein.

Prof. Joachim Krause,
Politikwissenschaftler

Wie steht es mit der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr? „Im Vergleich zu früheren Jahren haben wir sie deutlich gesteigert“, sagt Oberst Michael Skamel, seit März Kommandeur des Landeskommandos Schleswig-Holstein: „Dennoch stehen wir vor großen Herausforderungen.“ Schon der personell geplante Aufwuchs der Bundeswehr mit aktuell gut 181.000 aktiven Soldaten und Soldatinnen dürfte ein Kraftakt werden. Laut Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) braucht Deutschland bis zu 60.000 zusätzliche Soldaten. Russland hat seine Landstreitkräfte seit dem Übel auf die Ukraine verdoppelt.

Indische Fachkräfte als Boomer-Nachfolger?

Arbeitskräfte gesucht: Im Norden gehen binnen zehn Jahren Hunderttausende in Rente

Carlo Jolly

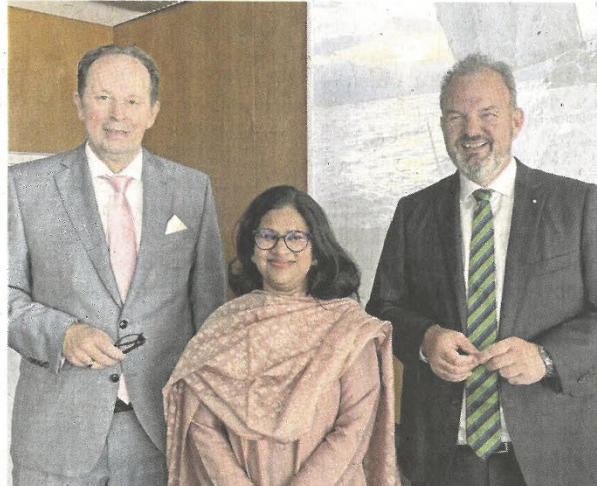
KIEL. Jainee Solanki kam vor anderthalb Jahren mit einem Jobsucher-Visum für sechs Monate aus Indien nach Deutschland. „Sechs Monate reichen aber nicht, um einen Job zu finden, aufgrund der Bürokratie und des gesamten Prozesses, der Zeit braucht“, sagt die junge IT-Expertin und SAP-Entwicklerin. Was sie an Deutschland interessiert? „Die andere Kultur ist für mich wie ein Abenteuer“, erzählt sie: „Dass mich die Leute beim Lernen der Sprache sehr freundlich unterstützt haben, motivierte mich.“

Mittlerweile hat sie eine Blue Card und eine feste Anstellung bei einem großen Mittelständler, Getriebebau Nord in Bargteheide in Stormarn. Was Jainee Solankis größtes Problem war? Sie überlegt nicht lange: „Die schwierigere Herausforderung als einen guten Job zu finden, ist es ein Haus zu finden.“

Solanki hat am Freitag in Kiel bei einer Tagung zur Fachkräftemigration aus Indien vor rund 70 Unternehmern und Jobvermittlern gesprochen. Die indische Generalkonsulin Soumya Gupta aus Hamburg erklärte dort, warum Deutschland für gutausgebildete indische Jobsuchende so interessant ist: „Der Lebensstandard in Deutschland ist sehr gut, und die Ingenieursarbeit ist bei uns sehr angesehen.“ Viele kämen gerne schon zum Studium und würden dann vielleicht zehn Jahre hier arbeiten wollen.

IT-Experten, Ingenieure und Pflegekräfte

Für Interessierte aus dem Land mit 900 Millionen Erwerbskräften seien viele Beru-



Drei mit dem gleichen Ziel: Michael Thomas Fröhlich (von links) von den Unternehmensverbänden, die indische Generalkonsulin Soumya Gupta aus Hamburg und Schleswig-Holsteins oberster Jobvermittler Markus Biercher.

Foto: Miriam Knodel/BA

fe in Deutschland spannend, Jobs der Informationstechnologie, Ingenieure, aber auch Pflegeberufe. Warum das für ein Land wie Schleswig-Holstein überlebenswichtig ist, zeigt eine „Arbeitsmarktprojektion 2035“ aus dem Kiel Institut für Weltwirtschaft und der Fachhochschule Kiel. Danach soll die Arbeitskräfte-lücke im Norden von zuletzt 34.100 Personen (2022) bis zum Jahr 2035 auf 327.000 Personen steigen.

Der Beschäftigtenstatistik für Schleswig-Holstein zufolge waren 2024 bereits gut 275.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte 55 Jahre und älter. Das ist jeder Vierte. Davon arbeiten 49.000 Personen im Gesundheits- und Sozialwesen, 43.100 im Handel, 41.400 in der Industrie und 24.600 in der Verwaltung.

Michael Thomas Fröhlich von den Unternehmensverbänden UV Nord sagt, dass das neue Migrationsabkommen zwischen Deutschland und In-

dien für den Mittelstand Hürden abbaue und Bleibeperspektiven eröffne. Mit Indien habe man viel bessere Voraussetzungen als zuletzt mit Fachkräften aus Südamerika, die zwar hochmotiviert gewesen, aber mit Wetter und Kultur häufig nicht klargelassen seien. Auch das Sprachthema sei in Indien viel einfacher, da es eine hohe Dichte an Goethe-Instituten gebe, und Inder ohnehin fast ausnahmslos gut Englisch könnten.

Stärken in den Naturwissenschaften

Fröhlich spricht von einer „jungen, hungrigen Klientel mit Stärken in naturwissenschaftlichen Fächern“, deren Abschlüsse eindeutig auch durch das Migrationsabkommen gedeckt seien. Das bedeute für die Wirtschaft Zeitersparnis und Rechtsverbindlichkeit. Zudem gebe es in Schleswig-Holstein eine gute Community, die sich durch

das Generalkonsulat in Hamburg speise.

Indische Arbeitnehmer schätzten die deutsche Sozialversicherung ebenso wie Arbeitssicherheit und eine Tätigkeit mit wertschätzender Vergütung. Die Indien-Strategie hat für Fröhlich ganz große Chancen: „Schleswig-holsteinische Mittelständler, die frustriert sind von den US-Zollambitionen und auch ein bisschen frustriert vom chinesischen Markt, möchten vielleicht in Indien investieren.“

Ambulante und stationäre Pflege, Altenhilfe, generell Gesundheitsversorgung bis hin zu den Unikliniken sowie IT, EDV-Anwendungen und Maschinenbau nennt er als zentral. Dann warnt er: „Auch beim Thema Indien wird das Silber-tablett allein nicht ausreichen.“ Werks- oder Dienstwohnung seien vielfach notwendig sowie ein Deutsch-Angebot. Über Job oder Ausbildung hinaus sollten die Einwanderer eingebunden werden. Deshalb müsse man über den örtlichen Sportverein ein Angebot unterbreiten. „Indien kennt diese integrative Kraft des Sports, aber wir müssen die Willkommenskultur auch leben“, sagt der Unternehmensverbandschef.

„Wir suchen immer Herkunftsländer, mit denen wir unsere demografiebedingten Probleme lösen können“, sagt Schleswig-Holsteins Arbeits-agenturchef Markus Biercher, dessen Team die Tagung ausrichtete. Indien sei die weltweit viertgrößte Volkswirtschaft und das bevölkerungsreichste Land. Biercher: „Es ist ein ganzer Subkontinent mit jungen, motivierten Menschen mit einem hohen Bildungsniveau.“

Allianz gegen die Aktivrente

„Sozial ungerecht“: Schwarz-rote Pläne stoßen auf Widerstand in Schleswig-Holstein

Matti Gerstenlauer

KIEL Es passiert nicht oft, dass sich Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften einig darüber sind, dass ein Gesetz schlecht geschrieben ist. Doch die schwarz-rote Bundesregierung von Friedrich Merz hat mit den Plänen zur Aktivrente gleich beide Sozialpartner gegen sich aufgebracht. Auch die Kieler Sozialministerin Aminata Touré hat Bedenken. Ist die Aktivrente sozial ungerecht? Warum gibt es trotzdem Anreize, früher in Rente zu gehen? Und wer soll das alles bezahlen?

Sowohl der Unternehmensverband Nord (UV Nord) als auch der Deutsche Gewerkschaftsbund Nord (DGB Nord) sehen in der Maßnahme keine Lösung für die drängenden Probleme des Arbeitsmarkts und der Rentenpolitik. Michael Thomas Fröhlich, Hauptgeschäftsführer des UV Nord, bemängelt: „Was die Ko-

alition in Berlin gut gemeint hat, hat sie nicht weitergedacht.“ Die weiter bestehende Möglichkeit einer abschlagsfreien Frührente untergrabe den Anreiz, länger zu arbeiten – und das sei bitter nötig.

MEINUNG

An wirklichen Problemen vorbei

Trotz Rente 2000 Euro steuerfrei dazuverdienen? Hört sich gut an, doch die Pläne zur Aktivrente bringen Friedrich Merz auch in Schleswig-Holstein den Zorn einer ungewöhnlichen Allianz ein. Sowohl Arbeitgeberverbände als auch Gewerkschaften lehnen die halb-gare Reform ab. Richtig so, denn was auf den ersten Blick gut aussieht, ist nicht nur sozial ungerecht, sondern auch inkonsequent und an

Der DGB Nord sieht ähnliche Schwächen – wenn auch aus anderen Gründen. Verbandssprecher Felix Hoffmann betont: „Die Pläne sind nicht zielführend. Schon jetzt schaffen es viele Beschäftigte

nicht, bis zu ihrem 65. oder gar 67. Lebensjahr zu arbeiten.“ Laura Pooth, Vorsitzende des DGB Nord, ergänzt: „Die Aktivrente zielt in die falsche Richtung. Sie ist ein teures Geschenk für wenige Rentner

und wird den Unternehmen kaum mehr Fachkräfte beschern. Stattdessen schafft sie neue Ungerechtigkeiten.“

Bedenken, die auch Touré teilt. Auf Nachfrage bekräftigt die Grüne: „Profitieren dürfen vor allem gesunde und gutverdienende Ruheständler mit gutem Arbeitsumfeld.“ Doch sie würden auch jetzt schon oft länger arbeiten, „was ich sehr begrüße – aber dafür braucht es keine zusätzliche Steuervergünstigung.“

Vor allem in sozialen Berufen, im Handwerk, der Erziehung und bei vielen Dienstleistungsberufen seien die Beschäftigten oft froh, wenn sie überhaupt die Altersgrenze erreichen. Etwa 60 Prozent aller Beschäftigten arbeiten nicht bis zum Renteneintrittsalter. „Sie werden bei der Aktivrente außen vor bleiben. Das ist sozial ungerecht und vor den Beschäftigten nicht zu rechtfertigen“, so die Ministerin.

Schleswig-Holstein – Seite 5

MATTI GERSTENLAUER

matti.gerstenlauer@shz.de



den wirklichen Problemen vorbei gedacht.

Von der Aktivrente würden nur die 40 Prozent profitieren, die bis zum Regeleintrittsalter durchhalten. Die anderen 60 Prozent gehen leer aus. Das klingt nicht gerade nach einer

Lösung gegen Fachkräftemangel oder Altersarmut, sondern nach einer Maßnahme für Minderheiten. Dabei braucht es Reformen bei der Rente. Denn schon jetzt ist die Lastenverteilung unfair für diejenigen, die länger arbeiten müssen. Warum nicht weiter denken? Wieso keine Kapitaldeckung, Sozialpunkte fürs Ehrenamt und Anpassung der Pensionen? Es gibt viele nachhaltige Lösungsansätze, die Aktivrente ist keiner davon.

Arbeiten im Alter: Mehr Schweden, weniger Bayern?

Matti Gerstenlauer

KIEL Rentner sollen künftig 2000 Euro im Monat steuerfrei dazuverdienen können. Das sehen die Pläne zur Aktivrente der schwarz-roten Bundesregierung vor.

Doch was, wenn selbst die Fitten nicht mehr gebraucht werden? Einer Umfrage unter Unternehmen in Schleswig-Holstein zufolge stehen die Zeichen für Arbeitnehmer im Rentenalter nicht besonders gut. Viele Betriebe würden zögern, ältere Menschen trotz Erfahrung einzustellen. Der Bedarf an Arbeitskräften ist laut Felix Hoffmann, Sprecher des Deutschen Ge-

werkschaftsbunds Nord (DGB Nord) zwar vorhanden, die richtigen Arbeitnehmer sieht er allerdings woanders: „Es gibt ein hohes Potenzial bei Teilzeitkräften, speziell Frauen, in ungewollter Teilzeit.“

Auch der UV Nord, der Verband der Unternehmen in Schleswig-Holstein und Hamburg, fordert insgesamt eine breitere Integration auf dem Arbeitsmarkt: „Wir wollen eine höhere Quote an Frauen, vor allem bei Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, mehr Menschen mit Handicaps, mehr Migranten und mehr Ältere“, so Hauptgeschäftsführer Michael Thomas Fröhlich. Und weiter:



Will lieber strukturelle Reformen: UV-Nord-Hauptgeschäftsführer Michael Thomas Fröhlich. Foto: Patrick Sun

„Dort, wo es möglich und gewollt ist, müssen wir reformieren.“

Mit dieser Erwartung ist

Fröhlich nicht alleine. Denn die Forderungen der beiden Sozialpartner unterscheiden sich zwar in den Schwerpunkten, zielen allerdings beide auf strukturelle Reformen hin. So fordert der DGB Nord ein stabiles Rentenniveau von 48 Prozent, perspektivisch 50 Prozent, keine Erhöhung des Rentenalters und stärkere Betriebsrenten.

„Unternehmen müssen die Arbeitsbedingungen weiter verbessern, damit Beschäftigte überhaupt gesund bis zur Rente kommen“, betont Hoffmann. Zusätzlich sollen Pflege, Erziehungszeiten und Qualifizierung mit Rentenpunkten

belohnt und sozialer Wohnungsbau gefördert werden, um Altersarmut mit bezahlbarer Miete zu bekämpfen.

Der Arbeitgeberverband UV Nord setzt indes auf längeres Arbeiten und mehr Verbindlichkeit in der Arbeitsvermittlung durch die Jobcenter. Auch „die Spirale politischer Forderungen nach mehr und höherem Mindestlohn“ solle zugunsten von Weiterbildungsmaßnahmen gestoppt werden. Dabei sieht er vor allem in Skandinavien ein Vorbild: „Was wir uns wünschen würden: Ein bisschen mehr Schweden wagen“, so Fröhlich. Im Gegenzug seien „Bayerische Projekte“

wie die Mütterrente nicht zielführend.

Dass auch Schleswig-Holstein mit Fachkräftemangel und Altersarmut kämpft, ist unbestritten. Doch nicht nur in Kiel regten sich starke Zweifel an einem Instrument, das einer Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaft (IW) zufolge etwa 2,6 Milliarden Euro im Jahr kosten würde. Wenn die Aktivrente so kommt, wie sie derzeit geplant ist, steht zumindest eines fest: Friedrich Merz wird sich nicht nur in Schleswig-Holstein keine Freunde mit diesem Gesetz machen.

Wieder mehr Insolvenzen im Land

Was Schleswig-Holsteins Unternehmer jetzt von der Landesregierung fordern

Matti Gerstenlauer

KIEL Das erste Halbjahr 2025 forderte einen hohen Tribut von der Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Wie aus den jüngsten Zahlen des Statistikamts Nord hervorgeht, meldeten zwischen Januar und Juli deutlich mehr Betriebe Insolvenz an als im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres. Während Wirtschaftsminister Madsen keinen Grund zur Sorge sieht, fordern Unternehmensverbände große Reformen.

Großes Plus auch bei Privatpersonen

In Schleswig-Holstein ist die Zahl der Insolvenzen im ersten Halbjahr 2025 deutlich angestiegen. Die Amtsgerichte verzeichneten 454 Anträge auf Insolvenz - ein Plus von 17 Prozent oder 67 Fällen gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Damit setzt sich der Abwärtstrend bereits zum dritten Mal in Folge fort. Auch bei Privatpersonen stieg die Zahl der Insolvenzanträge um etwa fünf Prozent auf 1741. Jede betroffene Person trug im Mittel Schulden in Höhe von rund 40.900 Euro.

Anders als der Anstieg der Insolvenzen im Land zunächst vermuten lässt, waren im ersten Halbjahr 2025 insgesamt weniger Menschen direkt von Geschäftspleiten betroffen als im vergangene Jahr. Mit 3282 Betroffenen verzeichnet das Land hier einen Rückgang von etwa 6 Prozent. Gleichzeitig wuchs jedoch die Summe der Forderungen von Gläubigern an die Unternehmen auf etwa 500 Millionen Euro an - ein Zuwachs von 38 Prozent. Im Schnitt ist damit jeder betroffene Betrieb mit etwas über einer Million Euro verschuldet.

Was in dem Zahlenbeschungel auffällt: Es gibt deutliche regionale Unterschiede in Schleswig-Hol-



Im ersten Halbjahr dieses Jahres sind mehr Betriebe pleitegegangen als 2024 im selben Zeitraum - und das schon zum dritten Mal in Folge. Wird Schleswig-Holstein zum Sorgenkind?

Foto: Imago/Manfred Segerer

stein. Besonders viele Insolvenzen gab es in den Regionen Herzogtum Lauenburg mit 53, dem Kreis Pinneberg mit 51 und dem Kreis Stormarn mit 45 Fällen.

Madsen: „Insolvenzen gehören dazu“

Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen zeigt sich angesichts der steigenden Insolvenzzahlen betroffen, sieht aber keinen Grund für Panik. Als Unternehmer und Minister bedauere er jeden Fall, in dem ein Betrieb eine Insolvenz anmelden müsse, „und natürlich auch die betroffenen Mitarbeiter“, betont er. „Aber Insolvenzen gehören zur Wirtschaft dazu, zumal sie auch nicht automatisch zur Beendigung des Geschäftsbetriebes führen müssen.“ Die aktuelle Lage sei schwierig, verursacht durch weltweite Krisen und Unsicherheiten.

In Deutschland kämen

zudem steigende Löhne, hohe Energiekosten, wachsende Bürokratie und erhöhte Kapitalkosten hinzu. Ein Nachholeffekt aus der Corona-Zeit spiele ebenfalls eine Rolle, vor allem die gestiegenen Zinsen, die kleinere Unternehmen unter Druck setzten. Langfristig liege Schleswig-Holstein jedoch im normalen Bereich. Madsen setzt auf den Bund: „Ich hoffe, dass das Investitionspaket der Bundesregierung für Infrastruktur und Verteidigung bald seine Wirkung erzielen wird und diese auch mittelbar auf alle Unternehmen in Deutschland durchschlägt.“

Unternehmensverbände schlagen Alarm

Dass selbst in einem Bundesland mit solider Wirtschaftspolitik solche Zahlen nach fast vier Jahren Rezession, globalen Krisen und unkalkulierbarer Zolpolitik unvermeidbar seien, ist für Sebastian Schulze

nicht überraschend. Der Sprecher und Geschäftsführer der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein (UV Nord) bekräftigt, dass unter anderem hohe Energie- und Arbeitskosten Treiber dieser Entwicklung seien.

Betroffen seien nicht nur das verarbeitende Gewerbe und Industrielieferer, sondern vor allem der Dienstleistungssektor. Die höheren Zahlen im Hamburger Umland resultierten aus der dortigen Branchendichte, nicht aus regionalen Fehlern. „Dass im gleichen Zeitraum auch die Verbraucherinsolvenzen steigen, macht die Situation nicht besser - im Gegenteil!“, warnt Schulze. Gefordert sei nun die Berliner Koalition, den angekündigten „Herbst der Reformen“ nicht nur zu versprechen, sondern umzusetzen.

Deutschland sei in Schlüsselbranchen nicht mehr wettbewerbsfähig, kritisiert er das Arbeits-

recht, Planungsrecht und Genehmigungspraxis, die im Vergleich zu anderen EU-Ländern, der USA und Asien hinterherhinken. Zudem verscherebele man das wichtigste Kapital und investiere zu wenig in Bildung - belegt durch die hohe Abbrecherquote von Schülern in Schleswig-Holstein, erklärt Schulze: „Auch einen höheren Mindestlohn darf es nicht mehr geben - dieser geht voll zu Lasten der dualen Ausbildung“.



Sebastian Schulze, Geschäftsführer des Unternehmensverbandes Nord, pocht auf große Reformen aus Berlin.

Foto: UVNord

Regierungen als „Türöffner“

Mitgliederversammlung des Unternehmensverbandes Nord

Die Mitgliederversammlung des Unternehmensverbandes Nord (UV Nord) fand Anfang Juli in Hamburg statt. Neu in den Vorstand gewählt wurden Joerg F. Mayer (Arbeitgeberverband Flensburg-Schleswig-Eckernförde), Barbara Ostmeier (Landessportverband Schleswig-Holstein) und Astrid Nissen-Schmidt (Verband der Unternehmerinnen in Deutschland).

In der Begrüßung des öffentlichen Teils machte UV-Nord-Präsident Dr. Philipp Murmann deutlich: „Die schwarz-rote Koalition in Berlin zeigt mit dem beschlossenen Investitionssofortprogramm in erfreulicher Weise, dass sie es ernst meint, den Wirtschaftsstandort Deutschland wieder in Fahrt zu bekommen und zukunftsfähig aufzustellen.“ Das verbreite Optimismus und das Vertrauen in den Standort wachse wieder.



Dr. Philipp Murmann

Foto: UV Nord

Hauptredner des Abends war Dr. Klaus Schrader vom Kieler Institut für Weltwirtschaft, der zum Thema „Der Export Hamburgs und Schleswig-Holsteins in stürmischen Zeiten“ sprach. Schrader stellte heraus, dass es Aufgabe der Politik sei, die Globalisierung trotz Zeitenwende zu ermöglichen. Handelskriege und geopolitische Risiken müssten durch Integration und Handelsabkommen vermieden werden. Die Landesregierungen in Hamburg und Schleswig-Holstein sollten am besten gemeinsam als „Türöffner“ für internationale Märkte agieren. Aufgabe der Unternehmen sei es, die geopolitischen Risiken in ihren Handelsbeziehungen und Lieferketten so zu verringern, dass die Teilhabe an den Wachstumsge-schichten in den neuen Industrieländern möglich bleibe. pm